

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 37. JG. Heft 4 | 2024

Dieter Rucht

Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle*

Die prodemokratische Protestwelle, die im Januar 2024 in Deutschland einsetzte, kam für viele überraschend. Weder der Zeitpunkt ihres Beginns noch ihre Höhe und Dynamik waren absehbar. Wieder einmal offenbarten sich die Grenzen wissenschaftlicher Prognosefähigkeit angesichts der Fülle und des komplexen Zusammenspiels von Faktoren, die letztlich das Protestgeschehen bestimmen. In der Rückschau kann allerdings dieses Bedingungsgefüge rekonstruiert und gedeutet werden. Was steckt hinter dieser Protestwelle? Was hat sie in Gang gebracht? Welches Profil und welche Dynamik weist sie auf? Wer sind ihre Initiatoren und Organisatoren? Welche medialen und sonstigen Wirkungen hat der Protest bislang erzielt? Diesen Fragen soll im Folgenden, gestützt auf die quantitative Analyse empirischer Daten wie auch auf Medienberichte zu einzelnen Protesten, nachgegangen werden. Zunächst wende ich mich der Beschreibung der Protestwelle zu.

1. Dynamik und Profil der Protestwelle

Dass Proteste fast immer in mehr oder weniger großen und in unterschiedlichen Abständen erfolgenden Wellen verlaufen, ist ein Gemeinplatz der Protest- und Bewegungsforschung.

Generell werden Dynamik und Profil einer Protestwelle von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst, deren Stärke und Zusammenspiel erst aus größerer zeitlicher Distanz erschlossen werden können.

Im konkreten Fall betrachte ich nicht den Protestverlauf einer relativ konsistenten und langfristig aktiven sozialen Bewegung, sondern vielmehr eine relativ kurze Protestwelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Diese begann ad hoc, in unmittelbarer Reaktion auf ein

* **Kontakt: Dieter Rucht (Prof. emer.).** Zuletzt 2005–2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe [Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa](#) am WZB. Der Text von Dieter Rucht wurde erstveröffentlicht beim Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) als ipb working paper: <https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus/>

E-Mail: dieter.rucht@wzb.eu

externes Ereignis: die Veröffentlichung der Correctiv-Recherche im Januar 2024 über ein Treffen rechtslastiger und rechtsradikaler Personen in der Nähe von Potsdam¹.

Die Welle erreichte bereits in der zweiten und dritten Woche des Bestehens ihren Höhenpunkt und ebbt seitdem wieder langsam ab. Die damit verbundenen, in ihren Formen eher konventionellen Aktivitäten auf Straßen und Plätzen entspringen dem Bedürfnis vieler Menschen, Flagge zu zeigen, das prodemokratische Potential des jeweiligen Protestorts sichtbar zu machen und sich der eigenen Haltung und Stärke zu vergewissern.

1.1 Die Datenquelle

Bei der Beschreibung und Analyse der noch rollenden Protestwelle steht naturgemäß keine darauf bezogene und sich auf multiple Quellen stützende Fachliteratur zur Verfügung. Vielmehr dienen vor allem zeitnahe Medienberichte als zentrale Datenbasis – dies mit allen Stärken und Schwächen selektiver medialer Präsentation.

Im Fall der hier betrachteten Protestwelle besteht der günstige Umstand, dass von zwei voneinander unabhängigen Stellen aus kontinuierlich und weitgehend flächendeckend die jeweiligen örtlichen Proteste seit dem 12. Januar 2024 erfasst und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden². Die Quelle dafür bilden Medienberichte einschließlich derer von Lokalzeitungen. Diese Quellen werden in den vorliegenden Auflistungen örtlicher Proteste zumeist nachgewiesen bzw. verlinkt.

Die eine Liste wurde von Journalist:innen der taz („die tageszeitung“)³, die andere von der zivilgesellschaftlichen Gruppe DemokraTEAM⁴ erstellt. Beide Listen wurden in kurzzeitigen

¹ Die Recherche wurde erstmals am 10. Januar 2024 publiziert (<https://correctiv.org/themen/geheimplan-recherche/>). Sie bezog sich auf ein Treffen am 25. November 2023. Dabei wurden u.a. Pläne zur „Remigration“ nicht nur von Migrant:innen, sondern auch von nicht-deutschstämmigen Menschen mit deutschem Pass vorgestellt. Diese als „Geheimplan gegen Deutschland“ eingestuft Überlegungen waren allerdings weder neu noch bedurften sie der „Enthüllung“. Sie waren beispielsweise bereits 2018 in Bernd Höckes Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ (Manuscriptum Verlag) festgehalten worden. Dort befürwortet der Autor in einem abgedruckten Gespräch mit Sebastian Henning die „geordnete Rückführung der hier nicht integrierbaren Migranten in ihre ursprünglichen Heimatländer“. Bei diesem Vorhaben „wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“ (Höcke 2018: 254) Im Nachgang zur Correctiv-Recherche haben Höcke und einige andere AfD-Sprecher:innen derartige Remigrationspläne ausdrücklich bekräftigt. Der Sache nach entsprechen solche Überlegungen der Parole „ausländerfrei“, die bereits 1991 zum Unwort des Jahres gekürt wurde.

² Eine Datensammlung und statistische Aufbereitung haben Patricia Haensel und Timm Ottenberg vom Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) unternommen. Die Daten umfassen 1157 Proteste im Zeitraum vom 10. Januar bis zum 15. Februar (<https://www.rnd.de/politik/demos-gegen-rechts-und-die-afd-in-sieben-grafiken-GW5WXO3D3BF5XCYL5DD5AECQT4.html>). Dem am 19. Februar präsentierten Online-Bericht zufolge beruhen die Zahlen der Autor:innen „auf eigenen Recherchen“ und sind durch – unvollständige – Auskünfte der Polizei ergänzt worden. Die Vermutung liegt nahe, dass in diesen Datenbestand die schon damals öffentlich zugänglichen Datensätze von der taz und/oder von DemokraTEAM eingeflossen sind. Diese umfassten bis incl. 15. Februar 1024 bzw. 915 Proteste gegen Rechtsextremismus. Die taz hatte eine erste Auswertung ihrer Datensammlung, bezogen auf den Zeitraum vom 12. Januar bis zum 29. Februar, in einem am 9. März erschienenen Zeitungsartikel präsentiert (<https://taz.de/Demos-gegen-rechts!/5994464/>).

³ <https://taz.de/Demos-gegen-rechts!/5994464/>.

⁴ In der Selbstbeschreibung der letztgenannten Gruppe heißt es: „Das *DemokraTEAM* bekennt sich zu den demokratischen Grundwerten, verankert im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Als *ehrenamtliche & überparteiliche Initiative*, setzen wir uns aktiv für die Förderung und Verteidigung dieser Werte ein. Unser Ziel ist es, Rassismus und Extremismus entschieden entgegenzutreten und eine offene, pluralistische Gesellschaft zu fördern, sowie die aktive Teilnahme an dieser zu fördern.“ (<https://www.demokrateam.org/team/>)

Abständen fortgeschrieben, wobei im Falle der taz auch die Leserschaft aufgefordert war, Hinweise auf bereits stattgefundene oder anstehende Proteste zu geben.

Die Sammlarbeit der taz erstreckt sich vom 12. Januar bis 31. März 2024. Dabei wurden 1.796 Proteste registriert, an denen laut einem taz-Bericht zwischen vier und fünf Millionen Menschen beteiligt waren⁵. Die von DemokraTEAM erstellte Liste ist, bezogen auf denselben Zeitraum, etwas weniger umfangreich. Dort wurden bis Ende März 1.553 Demonstrationen mit einer Gesamtzahl von rund 3,718 Millionen Teilnehmenden registriert. Die taz berichtete somit über mehr Proteste (ein Plus von rund 15 Prozent) als DemokraTEAM. Derzeit (Stand 19. April) wird die Datensammlung von DemokraTEAM fortgesetzt. Die letzten Einträge beziehen sich auf den Vortag.

Die Daten von DemokraTEAM (ähnlich wie die der taz) enthalten zu den einzelnen Protesten folgende Angaben⁶: Datum und Ort des Protests, Bundesland, Zahl der Protestierenden (teilweise fehlend) und Berichtsquelle, in der Regel eine (lokale) Tageszeitung oder die Webseite eines öffentlich-rechtlichen Mediums. Nicht immer wird eine Berichtsquelle genannt. Entsprechend fehlt gerade in diesen Fällen auch die Angabe der Zahl der Protestierenden. Weitere, aber nicht systematisch dokumentierte Informationen können zumindest teilweise den verlinkten medialen Berichten entnommen werden. Das betrifft beispielsweise die Form des Protests, die Benennung der Initiatoren, die zentralen Slogans der Veranstalter und exemplarische Aussagen einzelner Teilnehmer:innen. Darauf gründende Zusatzrecherchen habe ich stichprobenartig für die Ermittlung der Teilnehmerzahlen und deren Herkunft, die Initiatoren/Organisatoren und die Hauptthemen bzw. Slogans der jeweiligen örtlichen Proteste vorgenommen.

Ein stichprobenartiger Vergleich beider Datenquellen ergab nur vereinzelte Lücken (nicht berichtete Proteste) und fehlerhafte Einträge, die aber statistisch nicht ins Gewicht fallen⁷. Zudem machten beide Quellen teilweise unterschiedliche Angaben zu der jeweiligen Zahl von Protestierenden, dies in Abhängigkeit von den jeweils zugrunde gelegten Presseberichten und den Urhebern dieser Zahlen. Sofern diskrepante Zahlen von Seiten der Veranstalter und der Polizei vorlagen, nannte die taz zumeist beide Angaben (Mindestzahl und Höchstzahl). DemokraTEAM registrierte in solchen Fällen eher die untere Zahl, ohne dabei immer konsistent vorzugehen⁸.

Es ist anzunehmen, dass in beiden Datensätzen die Teilnehmerzahlen in ihrer Summe überschätzt werden, da oft nur die von Veranstaltern ausgegebene Zahl vorlag. Anders als in wissenschaftlich angeleiteten Protestereignisanalysen operieren beide Datenquellen nicht nach einem festen Regelwerk, demzufolge bei zwei oder mehr unterschiedlichen Zahlenangaben zu einem einzelnen Protest der Mittelwert zugrunde gelegt wird.

Aufgrund einer nicht ganz einfachen Abwägung habe ich mich entschieden, für die nachfolgende quantitative Auswertung zwei Eingrenzungen vorzunehmen. Zum Ersten wurden nur die Daten bis zum Ende der 10. Kalenderwoche, also bis zum 10. März, herangezogen, da bereits erkennbar wurde, dass die Protestwelle am Ausklingen war und weder quantitativ noch qualitativ neue Entwicklungen sichtbar wurden. Zum Zweiten habe ich der nachfolgenden quantitativen Auswertung allein die von

⁵ Siehe taz vom 8. April 2024, S. 6.

⁶ Die taz registrierte zusätzlich noch die Koordinaten des Protestorts sowie die Überschrift des Berichtsartikels.

⁷ Zum Beispiel registrierte DemokraTEAM unter korrektem Bezug auf einen Bericht der Schwäbischen Zeitung eine Demonstration mit 4.000 Protestierenden am 31. März in Ravensburg, aber vermerkte zum selben Tag eine weitere Kundgebung in Weingarten mit weiteren 4.000 Beteiligten. In dem damit ebenfalls verlinkten Artikel der Schwäbischen Zeitung werden jedoch für Weingarten nicht 4.000, sondern „rund 400 Menschen“ vermerkt, die sich, von Weingarten ausgehend, der Kundgebung in Ravensburg angeschlossen hatten. Siehe: <https://www.schwaebische.de/regional/oberschwaben/weingarten/demo-in-weingarten-beginnt-mit-300-teilnehmern-2368474>.

⁸ In Falle einer Demonstration in Leipzig nannte die taz die Zahlen von der Polizei (30.000) und den Veranstaltern (60.000). In den Daten von DemokraTEAM werden jedoch 60.000 Teilnehmer:innen vermerkt.

DemokraTEAM erstellte Liste zugrunde gelegt und somit die Daten der taz mit Ausnahme punktueller Vergleiche ignoriert. Ausschlaggebend für diese Wahl war unter anderem der Sachverhalt, dass die Rohdaten von DemokraTEAM wesentlich einfacher als die der taz in das von mir genutzte Statistikprogramm SPSS eingefügt werden konnten. Diese Rohdaten habe ich an einigen wenigen Stellen ergänzt und korrigiert.

Weiterhin wurden von mir zusätzliche Analysekategorien gebildet (etwa Ost- und Westdeutschland, große und kleine Städte) und die Protestdaten mit allgemein zugänglichen statistischen Informationen (etwa zu Einwohnerzahlen) verknüpft. Darüber hinaus beziehe ich auch diverse Medienberichte ein, um einzelne Aspekte des Protests zu illustrieren und damit der Analyse etwas mehr Tiefenschärfe zu verleihen. Darunter sind sowohl Berichte, auf die in der Protestliste von DemokraTEAM verlinkt wurde, als auch sonstige Berichte, die mir im Zuge meiner Recherche instruktiv erschienen. Als teilnehmender Beobachter war ich lediglich bei einem Protest in Berlin zugegen.

Meine nachstehenden quantitativen Auswertungen beziehen sich auf 1.340 Protestereignisse. In diesem Datenkorpus fehlen in 24,5 Prozent der aufgelisteten Fälle die Angaben zur Zahl der Demonstrierenden am jeweiligen Ort. Dies betrifft vor allem Kundgebungen in Kleinstädten und ländlichen Regionen. Hinzu kommt bei der Ermittlung der Zahlen von Demonstrierenden die bereits angedeutete Problematik der teils deutlich diskrepanten Angaben von Seiten der Polizei und der Veranstalter des Protests. Sofern dazu überhaupt Zahlen existieren, liegen die der Veranstalter, einem verbreiteten Muster folgend, häufig über denen der Polizei. In Einzelfällen betragen die Zahlen der Veranstalter das zwei- oder dreifache der Polizeiangaben⁹. Das gilt insbesondere für schwer überschaubare Massendemonstrationen.

Es ist davon auszugehen, dass in der hier verwendeten Datenquelle ein sehr hoher Prozentsatz der tatsächlich stattgefundenen Proteste erfasst wurde, zumal auch die Berichte aus Lokalzeitungen einbezogen wurden. Somit spielt die Selektivitätsproblematik (selection bias) keine nennenswerte Rolle – dies im Unterschied zu den meisten sonstigen Protestereignisanalysen, insbesondere sofern diese auf lediglich einer oder zwei Berichtsquellen (in der Regel Qualitätszeitungen mit nationaler Reichweite) beruhen. Neben der hohen Erfassungsquote ist auch die Verlässlichkeit der erhobenen Daten zum jeweiligen Protest als sehr gut einzustufen, zumal für jeden Protest nur wenige und einfach zu erfassende und kategorisierende Basisinformationen erhoben wurden. Allerdings wäre die Zahl der pro Woche oder im gesamten Untersuchungszeitraum tatsächlich Protestierenden niedriger

⁹ Oft wird nur eine Zahl genannt, wobei sich Unsicherheiten auch in der Formulierung „bis zu xxx Protestierenden“ erkennen lassen. Ein Fall weist eine Besonderheit auf. Die Hamburger Polizei hatte aufgrund von Einsprüchen und eindrucksvollem Bildmaterial nachträglich ihre ursprünglich veröffentlichte Zahl von „über 50.000“ auf 180.000“ nachgebessert. In vielen Fällen wurden von Organisatoren und unterstützenden Gruppen überhöhte Zahlen genannt. Ein Beispiel dafür bietet die die Berliner Demonstration am 21.01.2024 unter dem Motto „#ZusammenGegenRechts“. Hierzu vermeldeten Fridays for Future und andere Gruppierungen eine Beteiligung von „mindestens 350.000 Menschen“ (<https://fridaysforfuture.berlin/2024/01/>). Dagegen mutmaßte die Berliner Polizei, „es könnten bis zu 100.000 Menschen“ gewesen sein. Diese Angabe wurde vom Regionalsender RBB (<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/01/berlin-brandenburg-cottbus-demos-gegen-rechts-sonntag.html>) wie auch von der Wochenzeitung DIE ZEIT übernommen (<https://www.zeit.de/news/2024-01/21/tausende-menschen-bei-demo-gegen-rechts-in-berlin>). Ebenso verbuchte DemokraTEAM die Zahl von 100.000 Demonstrierenden. In der Datenbasis der taz wird für diese Berliner Demonstration sowohl die Angabe der Polizei (100.000) als auch von veranstaltenden Gruppen (350.000) genannt. Für die Demonstration am gleichen Tag in Leipzig vermerkt die taz 30.000 (Polizeiangaben) und 60.000 (Veranstalter) Teilnehmer:innen, während DemokraTEAM, entgegen der eigenen mir mündlich mitgeteilten Regel, konservativ vorzugehen, in diesem Fall die Zahl 60.000 ausweist.

anzusetzen, da teilweise überhöhte Angaben der Protestveranstalter in den Datensammlung eingingen¹⁰.

1.2 Deskription und Analyse der Proteste

Nachfolgend wird die Protestwelle im Hinblick auf einige zentrale Dimensionen beschrieben und, soweit möglich, auch mit Mitteln der deskriptiven Statistik erfasst. Dabei greife ich überwiegend auf die von DemokraTEAM bereitgestellten Rohdaten zurück.

Größe und Verlauf der Protestwelle

Die Protestwelle begann unmittelbar nach der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche, somit in der zweiten Kalenderwoche dieses Jahres. Den Auftakt bildeten Demonstrationen am 11. Januar 2024 in Hamburg und Darmstadt, bei denen ausdrücklich auf die Recherche Bezug genommen wurde. Vor der Hamburger AfD-Zentrale hatten sich rund 80 Demonstrierende versammelt. Dazu aufgerufen hatten Jusos, Grüne Jugend, Junge Union und Junge Liberale¹¹. Auch die Demonstration auf dem Marktplatz in Darmstadt richtete sich vorrangig gegen die AfD. Dem Aufruf mehrerer antifaschistischer Gruppen waren 500 bis 600 Menschen gefolgt¹².

Schnell kam eine bundesweite Welle in Gang (siehe Tabelle 1 und Abbildung 1). Sie erreichte ihren (bisherigen) Höhepunkt in der vierten Kalenderwoche mit 362 Protesten. Dies entspricht einem Anteil von 26 Prozent aller Proteste im Untersuchungszeitraum von neun Wochen. Die Zahl der Demonstrierenden gipfelte bereits in der dritten Kalenderwoche mit 1,28 Millionen (entspricht einem Anteil von 35,5 Prozent an allen Protestierenden in den neun Wochen). Erreicht wurde dieser Spitzenwert vor allem durch eine Reihe von Massendemonstrationen in dieser Woche, die insbesondere in den größten Städten der Republik stattfanden¹³.

Seit der dritten bzw. vierten Woche klang die Welle ab, wenngleich nicht ganz stetig. Die Protestereignisse gingen – gemessen an allen Protesten im gesamten Betrachtungszeitraum – ab der achten Kalenderwoche deutlich zurück (von 11,6 auf 7,2 und schließlich 3,4 Prozent). Die Protestbeteiligung war bereits nach der dritten Woche rückläufig; sie hatte in der sechsten Woche einen Anteil von 5,6 Prozent, der bis zur zehnten Woche auf 0,8 Prozent zurückging.

Die durchschnittliche Größe der Proteste erreichte in der dritten Kalenderwoche – bedingt durch die Massenproteste in Großstädten – einen Spitzenwert mit rund 9.500 Protestierenden und sank bis zur zehnten Woche auf den Wert von 223. In diesen Zahlen spiegelt sich die Verlagerung des Protestgeschehens von den großen Städten (mit relativ wenigen aber sehr großen Protesten) auf kleinere Städte. In einigen dieser kleineren Städte wurde zudem im Betrachtungszeitraum häufiger demonstriert als in den Großstädten.

¹⁰ Nach meiner groben Schätzung wäre deshalb von den aggregierten Zahlen von Demonstrierenden etwa ein Fünftel abzuziehen, um der Realität näher zu kommen. Die für Klein- und Mittelstädte gemachten Angaben sind insgesamt als realitätsnah einzustufen, während die Größenordnung einer Reihe von Massenprotesten deutlich überschätzt wird, sofern auch oder ausschließlich Angaben der Veranstalter in die Rohdaten eingingen.

¹¹ <https://www.mopo.de/hamburg/angewidert-von-diesen-aeusserungen-demo-vor-hamburgs-afd-buero/>

¹² <https://taz.de/Demos-gegen-rechts!/5994464/>. Der Kreisverband der Linkspartei in Darmstadt vermeldete 800 Protestierende. <https://linke-darmstadt.de/aktuelles/detail/demo-gegen-die-afd-und-den-voelkischen-wahnsinn/>

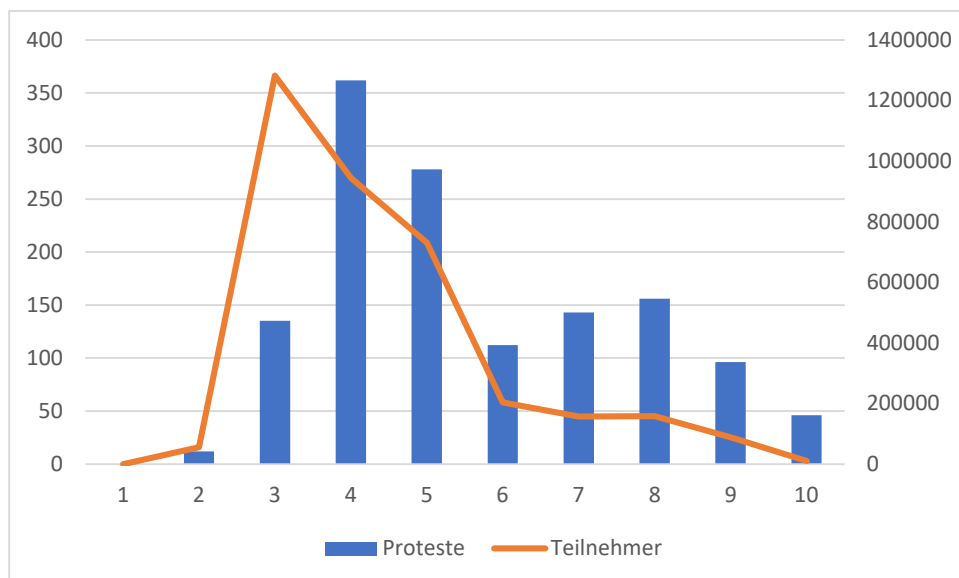
¹³ Zu nennen sind insbesondere die Demonstrationen in Hamburg (180.000), Berlin (100.000), München (100.000), Köln (70.000), Leipzig (60.000), Bremen (45.000) Frankfurt/M. (40.000), Hannover (35.000), Dortmund (30.000) und Dresden (30.000).

Tabelle 1: Proteste und Protestierende pro Kalenderwoche

Kalender- woche	Proteste		Protestierende		
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	Protestierende pro Protest
2	12	0,9	55.500	1,5	4625
3	135	10,1	1.283.517	35,5	9507
4	362	27,0	944.405	26,0	2609
5	278	20,7	730.554	20,1	2628
6	112	8,4	203.070	5,6	1813
7	143	10,7	157.231	4,3	1099
8	156	11,6	157.935	4,4	1012
9	96	7,2	88.200	2,4	919
10	46	3,4	10.250	0,8	223
Gesamt	1340	100	3.630.662	100	2709

Zur besseren Veranschaulichung wird die Entwicklung der Zahl von Protesten und Protestierenden von der zweiten bis zur zehnten Kalenderwoche in einer Verlaufsgrafik dokumentiert (Abbildung 1). Hier zeigt sich, dass beide Kennziffern nicht ganz parallel verlaufen. Während die Zahl der Demonstrierenden ab der dritten Woche zurückging, stieg die Zahl der Proteste, die ab der vierten Woche zunächst rückläufig war, in der siebten und achten Woche nochmals moderat an, um dann erneut abzusinken.

Abbildung 1: Zahl der Proteste und Protestierenden im Zeitverlauf



Die räumliche Verteilung des Protests

Im Hinblick auf die Raumdimension interessiert die Verteilung von Protestereignissen und Protestierenden nach Bundesländern (und damit auch nach Ost- und Westdeutschland) sowie die Verteilung dieser Werte in Relation zu den Einwohnerzahlen. Am meisten Proteste (absolut) waren in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der höchsten Einwohnerzahl (18,1 Millionen), zu verzeichnen. Mit deutlichem Abstand folgten Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und

Niedersachsen. Die geringste Zahl von Protesten wurde in den drei Staatstaaten und im kleinen Saarland registriert (Tabelle 2).

Eine abweichende Rangordnung ergibt sich für die Zahl der Protestierenden pro Bundesland in Relation zur jeweiligen Einwohnerzahl (Tabelle 2, rechte Spalte). Hier ragen vor allem Hamburg und die beiden weiteren Stadtstaaten Bremen und Berlin mit einer relativ hohen Mobilisierungsquote heraus. Dagegen erzielten mit Ausnahme von Sachsen, dem mit Leipzig und Dresden zwei große Städte zugehören, die verbleibenden vier ostdeutschen Bundesländer die niedrigsten Werte. Bezogen auf die Einwohnerzahl war die geringste Protestbeteiligung in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Der entsprechende Wert in Hamburg lag um den Faktor 12,7 über dem Wert in Sachsen-Anhalt.

Knapp vier Fünftel aller Proteste fanden in Westdeutschland, knapp 20 Prozent in Ostdeutschland und 2,3 Prozent in Berlin statt (Tabelle 3). Bezogen auf die Zahl von Einwohnern, die im Westen 5,4fach höher als im Osten liegt, fanden unterdurchschnittlich viele Proteste im Westen statt (Faktor 4,0). Bezogen auf die Gesamtzahl der Protestierenden in gesamten Untersuchungszeitraum entfallen 82 Prozent auf den Westen, rund 10 Prozent auf den Osten und 7,9 Prozent auf Berlin.

Tabelle 2: Proteste und Protestierende nach Bundesländern

	Proteste		Protestierende		
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	pro 100.000 Einwohner
Nordrhein-Westfalen	255	19,0	847.895	23,3	4674
Bayern	160	11,9	507.080	14,0	3792
Baden-Württemberg	157	11,7	402.420	11,1	3577
Hessen	151	11,3	258.620	7,1	4046
Niedersachsen	146	10,9	302.080	8,3	3711
Brandenburg	83	6,2	51.910	1,4	2017
Sachsen	71	5,3	212.335	5,8	5196
Rheinland-Pfalz	70	5,2	102.800	2,8	2472
Schleswig-Holstein	69	5,1	130.220	3,6	4409
Sachsen-Anhalt	40	3,0	28.129	0,8	1286
Thüringen	38	2,8	43.830	1,2	2061
Mecklenburg-Vorpom.	34	2,5	31.820	0,8	1954
Berlin	31	2,3	284.171	7,9	7567
Hamburg	16	1,2	308.817	8,5	16.321
Saarland	13	1,0	48.785	1,3	4914
Bremen	6	0,4	69.750	1,9	10.184
Gesamt	1340	100	3.630.662	100	4304

Tabelle 3: Proteste und Protestierende nach Regionen

Region	Proteste		Protestierende		
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	pro 100.000 Einwohner
West	1047	78,1	2.978.917	82,0	4381
Ost	262	19,6	367.574	10,1	2917
Berlin	31	2,3	284.171	7,9	7567
Gesamt	1340	100	3.630.662	100	4304

Aus Tabelle 3 ergibt sich zudem, dass in Berlin – wie auch in den übrigen Stadtstaaten –, bezogen auf die Einwohnerzahl, weitaus mehr Protestierende für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus auf der Straße waren als in West- und Ostdeutschland. Deutlich ist weiterhin, dass in Relation zur Einwohnerzahl die Mobilisierungskraft im Osten geringer als im Westen ausfiel.

Ein Blick auf die Verteilung der Proteste und Protestteilnehmer nach Größenklassen der Orte des Geschehens zeigt, dass sich die Proteste nicht auf die 15 größten Städte ab 500.000 Einwohnern konzentrierten (Tabelle 4). Diese Kategorie umfasst lediglich acht Prozent der Proteste, bei denen allerdings gut 40 Prozent aller Protestteilnehmer (knapp 1,48 Millionen) mobilisiert wurden. Über 37 Prozent der Protestierenden (knapp 1,36 Millionen) entfielen auf Orte mit weniger als 100.000 Einwohnern. Dies ist ein weiterer Hinweis auf den flächendeckenden Charakter der Protestmobilisierung, die sich auch auf zahlreiche Klein- und Mittelstädte erstreckte.

Tabelle 4: Proteste und Protestierende nach Ortsgröße

Ortsgröße (Einwohner)	Proteste		Protestierende	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
ab 500.000	107	8,0	1.478.998	40,7
100.000 bis 499.999	145	10,8	795.130	21,9
Unter 100.000	1088	81,2	1.356.534	37,4
Gesamt	1340	100	3.630.662	100

In sechs Fällen betrug die Zahl der Protestierenden mehr als 100.000, wobei ein Spitzenwert mit 180.000 Protestierenden in Hamburg registriert wurde. In 65 weiteren Fällen lag die Zahl der Demonstrierenden zwischen 10.000 und 100.000. Am unteren Ende der Skala stehen zehn Proteste mit weniger als 100 Personen. In der darüber liegenden Größenklasse von 100 bis 1.000 Demonstrierenden waren 494 Proteste zu verzeichnen. Insgesamt konzentrierte sich die Protestmobilisierung auf die Kategorie von mehr als 1.000 bis zu 10.000 Beteiligten. Proteste dieser Größenordnung wurden, wie Aktivist:innen und mediale Berichterstatter überrascht vermerkten, auch in kleineren Städten oder selbst an Orten registriert, die noch nie einen Protest dieser Größe aufzuweisen hatten. Für Rheinland-Pfalz wurden Proteste in Kleinstädten wie Ahrweiler, Bingen, Boppard, Ingelheim, Kusel und Neuwied hervorgehoben. Ein Bericht des SWR vermerkte: „Selbst in einem kleinen Dorf in der Pfalz sind Menschen auf die Straße gegangen.“¹⁴

Aus anderen Bundesländern wurde Ähnliches berichtet. Zum Beispiel fand in der kleinen Gemeinde Elzach (Baden-Württemberg) mit knapp 7.500 Einwohnern am 9. März ein Protest statt, an dem sich

¹⁴ <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/faq-demos-gegen-rechts-in-rlp-wer-demonstriert-hier-und-warum-100.html>.

300 Menschen beteiligten. Proteste in Klein- und Mittelstädten wurden auch in zahlreichen ostdeutschen Kommunen durchgeführt. Ein Beispiel ist Angermünde, eine brandenburgische Kleinstadt mit rund 8.000 Einwohnern. Auf dem dortigen Marktplatz versammelten sich am 18. Februar aufgrund eines Aufrufs des neu gebildeten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus“ rund 600 Menschen, um „für eine offene vielfältige Gesellschaft“ ein Zeichen zu setzen¹⁵.

Derartige Demonstrationen wurden auch an solchen Orten in Ostdeutschland durchgeführt, in denen rechtsradikale Gruppen seit Jahren eine hohe Präsenz zeigten. So nahmen an mehreren Kundgebungen gegen Rechtsradikalismus im sächsischen Zittau (knapp 26.000 Einwohner) jeweils zwischen 150 bis 400 Protestierende teil, während zeitgleich die wöchentliche Montagsdemonstration rechtsorientierter Gruppen stattfand.

Themen und Slogans

Die bereits genannten zentralen Themenkomplexe der Verteidigung der Demokratie und der Zurückweisung von Rechtsradikalismus und Rassismus wurden von den jeweiligen Organisator:innen und Teilnehmer:innen des Protests in ähnlicher Weise formuliert: „gegen Rechtsextremismus“, „gegen Rechts“, „gegen die AfD“, „für Demokratie“, „für Vielfalt“, „für Toleranz“ und „Menschenwürde und Demokratie bewahren“. Bemerkenswert war auch die häufige Bekräftigung von Solidarität und Stärke, die in Parolen wie „Wir halten zusammen“ oder „Wir sind die Brandmauer“ zum Ausdruck kam. Ein starkes Zeichen ging von einer Demonstration am 14. Januar in Potsdam aus. Unter dem Motto des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“, das schon seit mehr zwei Jahrzehnten existiert, versammelten sich rund 10.000 Menschen. Darunter waren der Bundeskanzler, die Außenministerin und eine ganze Riege von Landes- und Regionalpolitiker:innen.

Teilnehmende Individuen oder Kleingruppen brachten ihre Anliegen auf ähnliche Weise, oft aber auch mit spezielleren Worten und Slogans zum Ausdruck. Ein Beispiel dafür sind handgefertigte Pappschilder mit Aufschriften wie „Niewieder#33“, „Nie wieder Faschismus“, „Nie wieder ist jetzt“, „AfD-Nazis abschieben“, „Nazis deportieren“ und „Hass ist keine Meinung“. Diese Parolen zielten teilweise direkt auf das Potsdamer „Geheimtreffen“ von AfD-Politikern mit Rechtsextremen. Auch gebrauchten Demonstrierende teilweise originelle Wortspiele (z.B. „EKELHAfD“, „Menschenrechte statt rechte Menschen“, „Kunterbunt statt Kackbraun“, „AfD = Aus für Demokratie“) und verschlüsselte Botschaften wie „LIBERTÉ, EGALITÉ, FCKAfDÉ“.

Eine Demonstration am Rosenmontag in Zittau stand etwa unter dem Motto „Fasching statt Faschismus“¹⁶. Entsprechend trat ein Teil der Protestierenden, darunter auch die zentrale Organisatorin, in einer dem Datum angemessenen Verkleidung auf. Der spielerische Charakter etlicher Slogans und Sprüche veranlasste den Berliner Tagesspiegel sogar dazu, „die originellsten und findigsten Plakate der vergangenen Demonstrationen“ zusammenzutragen. Weiter heißt es dort: „Wer noch Inspiration für das nächste Papp- oder Demo-Schild braucht, wird vielleicht in unserer Bilderstrecke fündig.“¹⁷

Die Organisator:innen fast aller dieser Proteste waren sichtlich um Überparteilichkeit bemüht. Vielfach wurden Demonstrierende aufgefordert, keine Symbole bestimmter Parteien zu zeigen. Ebenso waren bei manchen Protestveranstaltungen prominente Politiker:innen nur als Demonstrierende, nicht aber als Redner:innen erwünscht. Nicht ohne interne wie externe Kritik blieb

¹⁵ https://www.moz.de/lokales/angermuende/demo-in-angermuende-protest-gegen-hass-_600-teilnehmer-aus-dem-gesamten-bundesgebiet-73081765.html. Im Vorfeld einer weiteren für den 21. April geplanten Demonstration in Angermünde wurden Ankündigungsplakate beschmiert oder zerstört und Einschüchterungsversuche gegen Unterstützer:innen des Protests unternommen.

¹⁶ Vgl. dazu den ausführlichen Bericht in DIE ZEIT vom 7.3.2024, S. 15 und 16.

¹⁷ <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/nazis-essen-heimlich-falafel-die-originellsten-demo-plakate-und-spruche-gegen-die-afd-und-rechtsextremismus-11108794.html>.

der in der Frühphase des Protests von Bühnensprecher:innen ausgegebene Slogan „Ganz Berlin (oder auch München/ Göttingen etc.) hasst die AfD“, den zu skandieren Demonstrierende in Berlin und anderen Orten (etwa Göttingen, Köln und München) aufgefordert wurden. Zum einen wiesen Demonstrierende wie auch kommentierende Journalist:innen darauf hin, dass dieser Spruch empirisch falsch sei, da sich doch eine erhebliche Zahl von Bürger:innen zur AfD bekenne. Zum anderen widerspräche er der Grundhaltung vieler Demonstrierenden, die auf Gesprächsbereitschaft setzen und einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken wollen, was sich auch Schildern mit Aufschriften wie „Hass ist keine Lösung“, „Gegen Hass und Hetze“ und „Hass ist keine Meinung“ entnehmen lässt¹⁸. Medienberichte über spätere Proteste wie auch meine Gespräche mit Demonstrierenden deuten allerdings darauf, dass von der impliziten Forderung, die AfD zu hassen, abgerückt wurde.

Initiatoren, Organisatoren und Unterstützer

Das Spektrum der Initiatoren und Organisatoren der Proteste war ungewöhnlich breit und vielfältig. Zu nennen sind Einzelpersonen (etwa ein örtlicher Pfarrer), namenlose Freundeskreise (so eine Gruppe von sieben Mainzer Studierenden), eigens für den Protest gegründete lokale Bürgerinitiativen, seit längerem bestehende informelle politische Strömungen und Gruppen (von Antifa-Gruppen bis zu den Omas gegen Rechts¹⁹) sowie diverse Verbände und Organisationen mit gesellschaftspolitischen Anliegen (z.B. DGB-Untergliederungen, Sozialverbände, Fridays for Future, Campact, Untergruppen politischer Parteien).

An vielen Orten wurde der Protest von breiten Bündnissen diverser Gruppen getragen. Ein Beispiel für solche Allianzen ist das seit mehr als zehn Jahren existierende Bündnis „Rostock Nazifrei“, dem neben Gewerkschaften auch politische Gruppierungen wie „Bunt statt Braun e.V.“ und zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Rat und Tat“ angehören. Ein weiteres Beispiel bot der Protest in Münster. Dort wurden die beiden großen Kundgebungen am 19. Januar und am 16. Februar von dem Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ organisiert. Dazu gehören unter anderem der örtliche DGB, SPD und Grüne samt deren Jugendorganisationen, lokale kirchliche Gruppen, ASTA, Seebrücke, Integrationsrat, Schwurbelbusters und Eklat²⁰.

Wie schon in den Jahren davor hatte das Bündnis auch 2024 gegen den alljährlichen Neujahrsempfang der AfD im Rathaus von Münster protestiert und, beflügelt durch die bundesweite Protestbewegung, eine außerordentlich hohe Beteiligung mit rund 30.000 Menschen (16. Februar) erzielt. Ähnliche, zuweilen bereits seit langem bestehende Bündnisse sind auch in Chemnitz, Leipzig, Rostock, Augsburg, Würzburg, Wilhelmshafen und weiteren Orten als Organisatoren oder Unterstützer der Proteste aufgetreten. Zur Demonstration in Frankfurt/M. am 5. Februar, bei der sich rund 20.000 Menschen versammelten, hatten sogar mehr als 130 Gruppen und Organisationen (darunter auch Firmen) aufgerufen²¹.

Ein weiterer Beleg für die Breite des Protests ist die Haltung beider christlichen Kirchen. Neben Vertreter:innen der evangelischen Kirche, die traditionell eine Bereitschaft aufweisen, sich zu

¹⁸ In einem Online-Beitrag über eine Demonstration in Köln schreibt Gerd Buurmann: „Ich habe es bereits gestanden, ich hasse einiges, aber nie werde ich meinen Hass mit tausenden Menschen rausbrüllen. Ich kann das einfach nicht. Ich definiere mich nämlich nicht darüber, gegen eine Partei oder gegen einen Politiker zu sein, sondern ich erkläre, für eine Partei oder für einen Politiker zu sein.“
https://www.achgut.com/artikel/ganz_koeln_hasst_die_afd.

¹⁹ So in Würzburg, wo einem Aufruf der „Omas gegen Rechts“ zu einem Protest am 20. Januar 3.000 bis 4.000 Menschen Folge leisteten. <https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/unsere-demokratie-ist-in-gefahr-mehr-als-3000-menschen-demonstrieren-in-wuerzburg-gegen-die-afd-art-11364871>.

²⁰ <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/demo-afd-muenster-104.html>.

²¹ <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt-was-die-gegner-der-afd-auf-die-strasse-treibt-19499400.html>.

politischen Themen zu positionieren, haben etliche katholische Bischöfe die Proteste begrüßt und sogar daran teilgenommen²².

Das Bemühen um ein breites Spektrum von Protestierenden wird exemplarisch bei der Grünen-Politikerin Katja Daish deutlich. Sie meldete „als Privatperson“ im Januar kurzfristig eine Protestaktion in der rheinland-pfälzischen Kleinstadt Kusel an (mehr als 300 Demonstrierende kamen) und betonte: „Weil mir wichtig war, dass das keine parteipolitische Veranstaltung wird, sondern alle – auch Konservative –, die auf demokratischen Füßen stehen, gemeinsam demonstrieren.“²³

Die Darstellung von Gemeinsamkeit und Geschlossenheit spiegelte sich auch in der relativ pluralistischen Zusammensetzung der Redner:innen und deren inhaltlichen Aussagen. Nur bei einigen Demonstrationen, die von Gruppen aus dem Antifa-Spektrum bzw. der radikalen Linken organisiert wurden, blieb die politische Bandbreite schmal. Umstritten war an einigen Orten, ob politische Amtsträger:innen aus der CDU mit einem Redebeitrag vertreten sein sollen²⁴.

Ein Merkmal der Protestmobilisierung bestand darin, dass nicht nur einzelne Gruppen ihre Mitglieder zur Teilnahme aufforderten, sondern auch große Verbände sowie einzelne Presseorgane eine logistische oder kommunikative Unterstützung leisteten, Demonstrationstermine auf ihren Plattformen ankündigten und stattgefundene Proteste dokumentierten. Das gilt zum Beispiel für den DGB und einige seiner Einzelgewerkschaften, Terre des hommes, Campact.de und die tageszeitung.

Ungewöhnlich ist zudem das Engagement von Firmen, großen Konzernen, Fußballclubs, Buchverlagen, Stiftungen, Wissenschaftseinrichtungen und karitativen Organisationen, die sich an der Initiative unter dem Stichwort #Zusammenland – Vielfalt macht uns stark“ beteiligten. Diese Initiative wurde von Medienhäusern (DIE ZEIT, Wirtschaftswoche, Handelsblatt, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Ströer) am 15. Februar ins Leben gerufen und von mehr als 500 Organisationen unterstützt. Unter anderem trat sie mit großformativen Anzeigen hervor. Dort sind (kostenfrei!) die Namen bzw. Logos von 222 Firmen bzw. 220 Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen abgebildet. Im Begleittext heißt es: „Die gegenwärtige Zeit erfordert eine klare Haltung. Wir stehen gemeinsam für ein offenes Land, das sich mutig den Herausforderungen stellt, anstatt sich von rechter Propaganda aufheizen und aufhetzen zu lassen.“ Der Zeitpunkt und Text der Anzeige, in der auch auf die Correctiv-Recherche Bezug genommen wird, lassen erkennen, dass die auf den Straßen sichtbaren Protestwelle gegen Rechtsradikalismus unterstützt wird²⁵.

In der abklingenden Phase der Protestwelle, nun auch charakterisiert durch die sinkende Zahl von Demonstrierenden bei wiederholten Veranstaltungen am selben Ort²⁶, scheint der Protest in immer

²² So der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, in Limburg, der Hamburger Erzbischof Stefan Heße, der Bischof Gerhard Feige in Magdeburg und die beiden münsterschen Weihbischöfe Christoph Hegge und Stefan Zekorn.

²³ <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/faq-demos-gegen-rechts-in-rlp-wer-demonstriert-hier-und-warum-100.html>.

²⁴ Im Falle von Münster war dies der Wunsch des Oberbürgermeisters, dem jedoch das Bündnis „Kein Meter den Nazis“, das als Organisator des Protests auftrat, nicht entsprochen hat. Daraufhin nahm der Bürgermeister als einfacher Demonstrant an der Kundgebung teil. <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/demofd-muenster-104.html>

²⁵ Siehe die Anzeigen in DIE ZEIT vom 7. und vom 21. März 2024.

²⁶ Beispielhaft dafür stehen die Kundgebungen des Göttinger „Bündnis gegen Rechts“. Waren zur ersten Veranstaltung am 21. Januar rund 12.000 Menschen gekommen, so versammelten sich bei drei nachfolgenden Protesten deutlich weniger Personen. Bei der bislang letzten Kundgebung am 16. März waren es nur noch 2.500 Protestierende. Ähnliches gilt für Mannheim. An der ersten Kundgebung am 27. Januar versammelten sich 20.000 Menschen. An der dritten Kundgebung am 16. März nahmen nur noch 1.500 Protestierende teil. In Düsseldorf wurden in der zweiten dortigen Demonstration am 27. Januar 100.000 Teilnehmende verzeichnet. Bei der vierten und bislang letzten Kundgebung waren es 1.000 Demonstrierende. Von diesem Muster gibt es

weitere Kreise zu diffundieren. Ein Zeichen dafür ist eine Demonstration von 3.000 Schüler:innen, die am 13. März in Essen stattfand. Auch deutet sich an, dass in dieser Phase des Abschwungs die lokalen und regionalen Bündnisse eher breiter werden. Beispielsweise wurde eine Kundgebung am 17. März in Saarbrücken mit 2.000 Demonstrierenden von 20 Gruppen und Verbänden organisiert²⁷.

Sozialprofil und politische Orientierung der Protestierenden

Der Augenschein von medial präsentierten Fotos und Videos legt den Eindruck nahe, dass, beginnend mit den Jugendlichen, alle Alterskohorten in ungefähr gleichem Umfang vertreten waren. Auch herrschte ein in etwa ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Neben Einzelpersonen nahmen vielfach Familien, Freundeskreise sowie Mitglieder organisierter Gruppen teil. Letztere gaben sich als solche teilweise anhand von Fahnen oder Plakaten zu erkennen.

Gehaltvoller und präziser als visuelle Eindrücke sind die Ergebnisse einer ersten Befragung von Protestierenden, die Ende Januar, also in der Hochphase des Protests, an drei Orten im Südwesten der Republik (Konstanz, Singen und Radolfzell) unter Leitung der Konstanzer Soziologen Marco Bitschnau und Sebastian Koos durchgeführt wurde²⁸.

Befragt wurden mehr als 500 Personen. Die Studie zeigt die gemischte Altersstruktur (ohne große Abweichung von der Struktur der Gesamtbevölkerung) und eine ungefähre Gleichverteilung der Geschlechter, wobei der Frauenanteil (54 Prozent) leicht überwiegt. Sehr deutlich überrepräsentiert sind Protestierende mit einem hohen Bildungsabschluss (59 Prozent besitzen einen Hochschulabschluss, davon sind sieben Prozent promoviert). Weitere 20 Prozent haben Abitur oder Fachabitur. Hinsichtlich ihrer Selbsteinstufung mit Blick auf soziale Schichtung rechnen sich 53 Prozent der mittleren Mittelschicht, 33 Prozent der oberen Mittelschicht und zwei Prozent der Oberschicht zu. Zehn Prozent verorteten sich in der unteren Mittelschicht und lediglich ein Prozent in der Unterschicht. Damit weichen die Befragten erheblich von der Schichtverteilung der Gesamtbevölkerung ab.

Sehr markant ist auch die Selbstverortung der Befragten auf der Links/Rechts-Skala. Fast zwei Drittel sind der Kategorie Mitte-links und weitere fünf Prozent der Kategorie Linksaußen zuzurechnen. In der politischen Mitte lokalisierten sich 26 Prozent. Das rechte Spektrum ist kaum besetzt (drei Prozent Mitte-rechts und null Prozent Rechtsaußen). Von den Befragten hatte ein außergewöhnlich hoher Anteil (61 Prozent) bei der letzten Bundestagswahl Bündnis 90/Die Grünen gewählt, während 18 Prozent für die SPD und lediglich acht Prozent für die CDU gestimmt hatten. Zwei Drittel der Befragten gaben an, noch nie an einer Demonstration mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung teilgenommen zu haben.

Die Befunde zur Schichtzugehörigkeit wie auch zur politischen Positionierung widersprechen dem von den Medien, aber auch einigen Wissenschaftlern gezeichneten Bild der Demonstrierenden als eines Querschnitts der Bevölkerung bzw. eines Protests der „bürgerlichen Mitte“²⁹ – ein Bild, wie es fälschlich auch für die Demonstrierenden gegen den bevorstehenden Irakkrieg im Jahr 2003 und

allerdings Abweichungen. Bei den bislang vier Kundgebungen in Würzburg nahm die Zahl der Teilnehmer:innen kontinuierlich zu und erreichte am 3. März den höchsten Wert von 10.000 Menschen.

²⁷https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/demo_gegen_rechtsextremismus_saarbruecken_wader_n_100.html

²⁸ Marco Bitschnau/ Sebastian Koos 2024: Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechtsextremismus. Universität Konstanz, Exzellenzcluster *The Politics of Inequality*. Policy Paper No. 15 (14. März).

²⁹ Der Mainzer Politikwissenschaftler Kai Arzheimer konstatierte Ende Januar in einem Gespräch mit dem SWR: "Man kann von der berühmten bürgerlichen Mitte sprechen, die sich versammelt." (<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/faq-demos-gegen-rechts-in-rlp-wer-demonstriert-hier-und-warum-100.html>).

gegen das Stuttgarter Bahnprojekt S21 gezeichnet wurde. Die Autoren der Konstanzer Studie betonen dagegen, dass lediglich „*ein Teil der Mitte*“ (arriviert, gebildet und mit klarer politischer Linkstendenz) das Profil der Demonstrierenden dominiert habe.

Die Befragung von Marco Bitschnau und Sebastian Koos ist eine Momentaufnahme aus dem äußersten Südwesten der Republik, wobei zudem das Gewicht der Universitätsstadt Konstanz in Rechnung zu stellen ist³⁰.

Ob die Ergebnisse auch für andere Regionen gelten, etwa für die größten Städte der Republik oder die ostdeutschen Klein- und Mittelstädte, muss offenbleiben. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass Befragungen an anderen Orten ganz andere Ergebnisse erbracht hätten.

Protestformen und Protestklima

Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren die Formen des Protests recht konventionell. Diese bestanden ganz überwiegend aus stationären Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen. Bei kleinen Gemeinden waren dies meist die Marktplätze, Flächen vor Rathäusern, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden. In manchen Fällen fand der Protest in Verbindung mit einem Marsch oder Umzug statt.

Für große Kundgebungen wurde die übliche und durchaus kostspielige Infrastruktur mit einer überdachten Bühne, professionellen Lautsprecheranlage und großformatigen Bühnentransparenten genutzt. Das galt auch für einen Teil der kleineren Kundgebungen. Dagegen hatte ein anderer Teil einen eher improvisierten Charakter. In manchen Fällen wurden die Demonstrierenden lediglich über ein Megafon oder ein auf dem Pflaster platziertes Mikrofon angesprochen. Auf den Bühnen traten zumeist mehrere Redner:innen auf. Hinzu kamen musikalische Einlagen. Zuweilen wurden die Demonstrierenden von der Bühne aus aufgefordert, Slogans und Forderungen zu skandieren.

Eine Ausnahme vom Grundmuster stationärer Versammlungen bilden sog. Menschenketten. Ein Beispiel dafür ist die am 3. März von rund 5.000 Menschen gebildete Kette zwischen Bochum und Herne, die allerdings auf der Strecke von sieben Kilometern einige Lücken aufwies³¹. Eine andere Menschenkette sollte am 10. März die Orte Großsolt und Freienwill (in Schleswig-Holstein) verbinden. Das Motto lautete „Hand in Hand für's bunte Land“³².

Allerdings war es mit lediglich rund 400 Beteiligten nicht möglich, eine durchgehende Verbindung über die Distanz von vier Kilometern herzustellen³³. Eine Sonderform stationärer Kundgebungen war das sog. „Lichtermeer für Demokratie“, das am 11. Februar in München mit einer Beteiligung von „bis zu 100.000“ Menschen (laut Polizei) stattfand. Dies geschah in inhaltlicher und formaler Anlehnung an das denkwürdige Münchener Lichtermeer gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Dezember 1992, zu dem sich 400.000 Menschen versammelt hatten.

Soweit erkennbar – und bestätigt durch die Berichte lokaler und regionaler Medien – verliefen nahezu alle dieser Protestveranstaltungen ruhig und friedlich³⁴.

³⁰ Die Universität Konstanz hat rund 11.700 Studierende bei einer Einwohnerzahl von rund 85.000.

³¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/menschenkette-von-bochum-nach-herne-100.html>

³² <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Vier-Kilometer-lange-Menschenkette-gegen-Ausgrenzung-geplant,regionflensburgnews156.html>

³³ <https://www.shz.de/lokales/gluecksburg-angeln/artikel/die-menschenkette-fuer-demokratie-zwischen-freienwill-und-grosssolt-46620642>

³⁴ Eine partielle Ausnahme bildet die Demonstration am 16. Februar in Münster. Sie verlief „nach Einschätzung der Einsatzkräfte weitestgehend friedlich. Insgesamt stellte die Polizei 17 Strafanzeigen unter anderem wegen Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und Verstoß gegen das Vermummungsverbot. 12 Personen erhielten Platzverweise.“ (<https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalenlippe/demo-afd-muenster-104.html>).

Dies galt auch dann, wenn, wie in einigen ostdeutschen Kommunen, rechtsorientierte Gruppen sich zu Gegendemonstrationen versammelten oder auf andere Weise eine Drohkulisse aufbauten. Ein Beispiel dafür ist eine Demonstration am 27. Januar im sächsischen Bautzen. Dort standen rund 50 „Neonazis“ (Pressebericht), die sich teilweise gewalttätig verhielten, 1.500 Protestierenden gegenüber. Der relativ überschaubare rechte Gegenprotest hatte allerdings keine einschüchternde Wirkung, kam es doch einen Monat später zu einer weiteren prodemokratischen Versammlung in Bautzen.

Ein zweites Beispiel ist die Gemeinde Markranstädt (bei Leipzig), wo dem Aufruf eines Bündnisses („Markran steht auf – Bündnis für Demokratie und Courage“) am 3. März rund 330 Demonstrierende folgten³⁵. Sie trafen auf rund 60 Gegendemonstrant:innen, von denen Pöbeleien, aber keine Gewalttätigkeiten ausgingen³⁶. In einer anonymen E-Mail an die Organisatorin des Protestes heißt es: „Wir sind da mit circa 30 bis 40 stabilen Leuten und gesellen uns dann in einem überraschenden Moment mit zu euch! Also immer schön vorsehen und aufpassen.“³⁷

Es blieb nicht bei Drohungen. Ein Lokalpolitiker der SPD aus dem thüringischen Waltershausen, der am 2. Februar im Namen des Bündnisses „Buntes Waltershausen“ eine Demonstration von 200 Leuten gegen Rechtsradikalismus angemeldet und mitorganisiert hatte, sah sich bald darauf, in der Nacht zum 19. Februar, mit einem bislang nicht aufgeklärten Brandanschlag auf sein Haus und sein Auto konfrontiert³⁸.

Im Westen der Republik wie auch in Berlin ist es nach meiner Kenntnis zu keinen nennenswerten Gegenprotesten gekommen.³⁹

Durchgängig wird von einer ruhigen und zugleich selbstgewissen Stimmung berichtet. In einem Report des SWR wird vermerkt: „Die bisherigen Aktionen in Rheinland-Pfalz verliefen durchweg friedlich. Teilnehmende allerorts berichten von fröhlicher bis feierlicher Atmosphäre. Vereinzelt war von ‚Aufbruchstimmung‘ die Rede. Eine Demonstrantin in Mainz sprach von einem ‚Ventil, durch das man die Sorgen vor einem Rechtsruck rauslassen kann.‘ Es tue gut, ‚zu sehen, dass so viele die Sorgen teilen‘.“⁴⁰

³⁵ Nach Angaben der Polizei. Die Veranstalter nannten die Zahl von „rund 500“. Siehe <https://taz.de/Protest-gegen-Rechts-in-Wurzen/!5444223/>

³⁶ Es handelt sich um die zweite Demonstration dieser Art. Bereits am 4. Februar hatten sich bei schlechtem Wetter rund 200 Demonstrierende in Markranstädt versammelt. <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/taucha/in-taucha-und-markranstaedt-kundgebungen-gegen-rechtsextremismus-A4NWEHG5RBCRTLSWJKKNVXLC4E.html>

³⁷ <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/demonstrationen-in-ostdeutschland-alleine-gegen-die-afd-100.html>

³⁸ Vgl. dazu den ausführlichen Bericht in DIE ZEIT vom 21. März 2024, S. 11-13.

³⁹ Eine Ausnahme bildet Eitorf bei Köln. Dort versammelten sich einem Bericht der Deutschen Welle zufolge am 23. Januar im örtlichen Bürgerzentrum rund 90 AfD-Anhänger:innen zu einem Gespräch über Remigration. Unmittelbar vor dem Tagungsort demonstrierte zudem eine Gruppe von zehn AfD-Leuten mit der Fahne der Partei. Sie waren, abgeschirmt durch die Polizei, mit „Hunderten von Gegendemonstrant:innen“ konfrontiert. <https://www.dw.com/de/gegen-afd-proteste-abseits-der-gro%C3%9Fen-demos/a-68071384>. In Abweichung zu diesem Bericht registrierte allerdings DemokraTEAM bei diesem Protest gegen Rechtsradikalismus (Motto: Nie wieder ist jetzt“) 3.000 Teilnehmer:innen und verweist auf einen Artikel im regionalen Generalanzeiger. Dem zufolge stamme diese Zahl von der Polizei. https://ga.de/region/sieg-und-rhein/mehr-von-sieg-und-rhein/demo-in-eitorf-tausende-teilnehmer-protestieren-gegen-rechtsextremismus_aid-105689223

⁴⁰ <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/faq-demos-gegen-rechts-in-rlp-wer-demonstriert-hier-und-warum-100.html>

Resonanzen

Selten in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Protestwelle so viel Zuspruch erlangt. Eine wohlwollende und unterstützende Haltung zeigte sich im gesamten Spektrum demokratischer Parteien und ihrer Repräsentanten, darunter auch viele Spitzenpolitiker:innen. Hinzu kam die Unterstützung einzelner Wissenschaftsorganisationen, zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und, wie schon dargestellt, von Firmen und Konzernen.

Politik: Ohne formelle Rolle beteiligten sich an einer Demonstration am 14. Januar in Potsdam Bundeskanzler Scholz, Außenministerin Baerbock und eine ganze Riege von Landes- und Lokalpolitikern von der Linken bis zur CDU⁴¹.

Bundespräsident Steinmeier rief im Online-Dienst X dazu auf, sich Verfassungsfeinden entgegenzustellen und bekundete auch in weiteren Stellungnahmen diese Position⁴².

Eine Vielzahl von Landespolitikern und Kommunalpolitikern:innen, letztere teilweise auch als Aufrufende oder Redner, signalisierten ebenfalls ihre Unterstützung. SPD, Grüne und Linke begrüßten auf ihren Webseiten und auf anderen Kanälen die Proteste und forderten zur Beteiligung auf. In einer Stellungnahme der SPD heißt es: „Für eine solidarische Gesellschaft. Stark gegen Rechtsextremismus“.⁴³

Auch die FDP, so ihr Fraktionsvorsitzende Christian Dürr, bekundete Anerkennung und Unterstützung. Allerdings verhielten sich Sprecher:innen von Untergliederungen der FDP kritisch zu dem Sachverhalt, dass auf einzelnen Veranstaltungen Antifa-Flaggen zu sehen waren. In ähnlicher Weise äußerten sich einzelne Vertreter:innen von CDU und CSU, die insbesondere die Parole „gegen Rechts“ kritisierten und auf der Präzisierung „gegen Rechtsextremismus“ beharrten⁴⁴.

Noch weiter ging der Vorsitzende der Münchener CSU, der Fridays for Future das Recht absprach, einen Protest gegen Rechtsextremismus zu organisieren, da die Gruppierung sich nur „halbherzig“ von Greta Thunbergs Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung im Gaza-Krieg distanziert habe. Zudem warnte der CSU-Politiker vor der Versuchung, „den Konsens beim Kampf gegen Rechtsextremismus für die Forderung nach einer linken Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik zu nutzen“.⁴⁵

Wenig überraschend war die ablehnende Reaktion auf Seiten der AfD, wurde die Partei doch in vielen Aufrufen und Schildern der Protestierenden als Gefahr für die Demokratie bezeichnet. So behaupteten einzelne AfD-Repräsentanten, die Proteste seien von der Regierung gesteuert oder gar finanziert. Björn Höcke zog eine Parallele zwischen den aktuellen Demonstrationen gegen Rechts und den Fackelmärschen der Nationalsozialisten im Jahr 1933. Alice Weidel sprach von den aktuellen Protesten als einer „inszenierten Medienkampagne“⁴⁶.

Kritisiert wurde zudem von der AfD, die Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz mache mit Blick auf eine Veranstaltung in Mainz Werbung für den Proteste und verletze damit das Neutralitätsgebot. Dem

⁴¹ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/01/potsdam-berlin-demonstration-demokratie-verteidigen.html>

⁴² <https://taz.de/Bundespraesident-Steinmeier-zu-Demos/!5988019/>

⁴³ <https://www.spd.de/programm/stark-gegen-rechts>

⁴⁴ So Daniel Peters, Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Er meine zudem, auf den Demonstrationen seien „auch linke Antidemokraten unterwegs“, mit denen er sich nicht gemein machen wolle. DIE ZEIT vom 14. März 2024, S. 9.

⁴⁵ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/demo-gegen-rechts-muenchen-afd-siegstor-csu-eisenreich-1.6336044>

⁴⁶ <https://www.prosieben.de/serien/newstime/news/wie-fackelmaersche-der-nazis-so-reagiert-die-afd-auf-die-demonstrationen-gegen-rechts-347438>

werde man Einhalt gebieten mit einer Klage gegen die Ministerpräsidentin des Landes, die auf einer Mainzer Protestveranstaltung mit einem Redebeitrag vertreten war⁴⁷.

Medien: Die positive Grundhaltung zu den Protesten zeigte sich in einer wohlwollenden bis eindeutig unterstützenden Haltung der Mehrzahl der Medien. Dies gilt selbstredend für das linke, linksliberale und liberale Spektrum der Tageszeitungen bzw. Wochenzeitungen, etwa tageszeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel, ZEIT und Spiegel⁴⁸.

Gleiches ist für Kommentare in öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehkanälen sowie politische Magazine wie Kontraste (1. Februar) und Monitor (7. März 2024) festzustellen. Kritisch zumindest bezüglich einiger Aspekte der Demonstrationen war dagegen die Haltung konservativer Presseorgane wie der Neuen Züricher Zeitung, Die Welt, Focus und Cicero, ganz zu schweigen von stark rechtslastigen Medien wie Tichys Einblick, wo von einem „inszenierten Protest“ die Rede ist⁴⁹.

Andere rechte Kommentare verweisen auf die von „moralischer Überheblichkeit“ beseelten „Gutbürger“, auf von „Angstlust“ Getriebene sowie die „abwegige“ Vorstellung, die AfD gefährde die Demokratie⁵⁰.

Bevölkerung: Mit Blick auf die Protestwelle liegt nach meiner Kenntnis lediglich eine Bevölkerungsumfrage vor. Sie wurde Anfang Februar vom Institut INSA im Auftrag der Bild-Zeitung durchgeführt und ist hinsichtlich ihrer Repräsentativität schwer einschätzbar. Auf die Frage „Wie stehen Sie zu den bundesweiten Protesten gegen die AfD?“ ergaben sich folgende Resultate: Finde ich gut (55 %); Finde ich schlecht (26 %); Sind mir egal (12 %); Weiß nicht, keine Angabe (7 %). Nicht nachvollziehbar ist dagegen der Hinweis in einem Artikel in der Neuen Züricher Zeitung vom 14. März. Dort heißt es: „Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa ergab, dass nur 37 Prozent der Deutschen die Demos unterstützen.“⁵¹

Es ist zu vermuten, dass eine Mehrheit der Bürger:innen in Deutschland das Protestanliegen gutheißt⁵², auch wenn viele von ihnen den Protesten selbst fernbleiben. Das verdeutlicht die Größenordnung von – bis zur 10. Kalenderwoche – 3,5 Millionen Protestierenden (darunter auch solchen, die wiederholt auf die Straße gingen) bei einer Gesamtzahl von rund 61 Millionen wahlberechtigten Bürger:innen in Deutschland im Alter von mindestens 18 Jahren, deren Zahl noch um die Besitzer:innen eines ausländischen Passes zu ergänzen wäre.

Neben den eher passiv bleibenden wie auch den am Protest beteiligten Demokrat:innen ist auf die Präsenz der Gegenseite hinzuweisen. Eine signifikante Zahl rechtspopulistisch oder rechtsradikal eingestellter Personen, darunter wohl die überwiegende Zahl derer, sich mit der AfD identifizieren, dürfte die Proteste und auch die „Systemparteien“ mehr oder weniger dezidiert ablehnen. Besonders

⁴⁷ <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/dreyer-angriffe-auf-afd-auf-internetseite-landesregierung-staatsrechtler-uebt-daran-kritik-100.html>

⁴⁸ Die Kolumnistin Samira El Ouassil sprach von den Demonstrationen als einer Form „gelebter Demokratie“. Der Spiegel vom 7. März 2024 (<https://www.spiegel.de/kultur/demos-gegen-rechts-demos-sind-gelebte-demokratie-kolumne-a-82e84e84-1404-4c60-9b6b-a095898de10f>).

⁴⁹ <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/tichys-einblick-03-2024-inszenierte-protest/>

⁵⁰ Zitate aus dem Kommentar von René Rusch: „Alarmisten beschwichtigen“, taz vom 4.3.2024, S. 12.

⁵¹ <https://www.nzz.ch/der-andere-blick/schweigende-mitte-nein-die-meisten-teilnehmer-der-anti-afd-demos-sind-links-ld.1822175>

⁵² Darauf deutet auch der Befund, eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland halte die Demokratie in der Bundesrepublik für gefährdet. 61 Prozent gaben dies in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes INSA für „Bild am Sonntag“ an. Ein Drittel der Befragten stufte die deutsche Demokratie dagegen nicht als gefährdet ein, so der Tagesspiegel vom 3. Februar. <https://www.tagesspiegel.de/politik/umfrage-zu-rechtsextremismus-mehrheit-der-bevolkerung-sieht-demokratie-in-deutschland-gefahr-det-11156047.html>

deutlich zeigte dies ein Bürger aus Wurzen (Sachsen), der im Gespräch mit dem ARD-Magazin Monitor im Rahmen eines Berichts über lokale Proteste und Gegenproteste meinte: „Wir werden von Lügner, Betrügern und Schwerverbrechern regiert.“⁵³

„Kampf the roten Reaktion“ war auf einem Banner der Neo-Nazis zu lesen. Einer ihrer Redner verwies dunkel auf die Möglichkeit eines „Blutvergießens“. Die prodemokratischen Protestierenden in Wurzen blieben allerdings numerisch deutlich stärker als die Gruppe auf der Gegenseite. Zudem fanden sie Unterstützung von Vertreter:innen der SPD, der Grünen und der Linken sowie des Wurzener Bürgermeisters, der seinen Urlaub abgebrochen hatte, um an der Kundgebung gegen Rechtsradikalismus teilzunehmen. Dagegen fehlte eine derartige Unterstützung in Markranstädt (bei Leipzig). Dort waren – wie in Wurzen – prodemokratische Demonstrierende mit einer Gegendemonstration konfrontiert, aber fanden kaum Zuspruch durch Lokalpolitiker. Dem oben erwähnten Monitor-Bericht zufolge waren 20 von insgesamt 22 Stadträten, darunter auch der Bürgermeister, der Demonstration ferngeblieben.

In der politischen Öffentlichkeit wurde gefragt und diskutiert, ob die Proteste gegen Rechtsextremismus eine nachhaltige Wirkung erzielen und insbesondere die AfD tatsächlich schwächen könnten. Die notwendig spekulativen Antworten aus Expertenkreisen fielen unterschiedlich aus. Laut einer Civey-Bevölkerungsumfrage im Auftrag von t-online meinten 42,5 Prozent, die Proteste würden die AfD „eindeutig stärken“ oder „eher stärken“, während 27,8 Prozent eine Schwächung („eindeutig“ oder „eher“) erwarteten und 26,8 Prozent mit „teils/teils“ antworteten⁵⁴.

2. Fazit und Einordnung

Rechtsextremismus und Rassismus haben eine lange und unselige Tradition. In Deutschland und anderswo sind diese Strömungen seit den 1990er Jahren angewachsen und zunehmend aggressiver aufgetreten. In Reaktion darauf wuchs die Sorge politisch wacher, demokratisch gesonnener und handlungsbereiter Teile der deutschen Bevölkerung. Das zeigte sich in den letzten Jahrzehnten bei den Protesten linksradikaler Antifa-Gruppen, aber auch bei stärker bürgerlich geprägten Protesten, die oftmals unter dem Motto „Bunt statt braun“ firmierten.

Mit dem Erstarken der AfD, die in relativ kurzer Zeit in derzeit 14 Landesparlamente und in den Bundestag einziehen konnte und gute Aussichten hat, in anstehenden Wahlen weitere Gewinne zu verzeichnen, sind Unbehagen und Unwille über diesen Trend weiter gestiegen. Die gleichsam schwelende Grundstimmung in breiten Kreisen der Bevölkerung fand allerdings keine kollektive, ortsübergreifende und zündende Ausdrucksform.

Mit der Veröffentlichung der in der Sache keineswegs überraschenden Correctiv-Recherche war ein konkreter Anlass gegeben, mit dem sich Sorge und Empörung Bahn brechen konnten. Die ersten größeren Proteste wirkten wie ein Weckruf⁵⁵. Viele Bürger:innen fühlten sich angesprochen und wollten nun, nach den ersten Vorbildern in anderen Kommunen, auch an ihrem Ort Präsenz zeigen. Daraus entwickelte sich eine sich selbst verstärkende Mobilisierungsdynamik. Begünstigend wirkte

⁵³ <https://www.ardmediathek.de/video/monitor/demonstrationen-in-ostdeutschland-alleine-gegen-die-afd/das-erste/Y3J>

⁵⁴ <https://civey.com/umfragen/36267/werden-die-aktuellen-proteste-gegen-rechtsextremismus-die-afd-ihrer-meinung-nach-eher-starken-oder-eher-schwachen>. Die Umfrage fand Online vom 22. bis 24. Januar 2024 statt. Sie beruht auf 5.074 Befragten, wobei eine non-propability-Stichprobe aus einem Online-Panel mit mittlerweile mehr als einer Million aktiven und verifizierten Nutzern gezogen wurde.

⁵⁵ Vor allem in der Anfangsphase wurden die Erwartungen von Protestorganisatoren weit übertroffen. So kamen am 16. Januar zur ersten von vier Demonstrationen in Würzburg statt der vorab vermuteten 250 Demonstrierenden zehnmal so viele Menschen.
<https://www.radiogong.com/aktuelles/news/lokales/wuerzburg-demo-gegen-rechts-in-der-innenstadt>

der Umstand, dass die Proteste einen breiten und mehrheitsfähigen Nenner aufwiesen. Neben spontan auftretenden Initiatoren traten auch überparteiliche Bündnisse unter Einschluss von organisationserfahrenen Verbänden und Institutionen als mobilisierende Kräfte auf den Plan.

Zwar gab es Versuche einer Bündelung der Proteste (so unter dem Hashtag #ZusammenGegenRechts) und diverse Plattformen, auf denen anstehende Proteste angekündigt wurden. Doch wurden die Proteste zu keinem Zeitpunkt von einer zentralen Stelle aus koordiniert und orchestriert. Somit handelte es sich tatsächlich um eine Graswurzelbewegung, die jedoch insbesondere an größeren Orten am Erfahrungswissen von Aktivist:innen und an bereits bestehenden Netzwerken progressiver Gruppen anknüpfen sowie von den Ressourcen unterstützender Organisationen profitieren konnte.

Das Ergebnis all dieser Bemühungen war eine viel beachtete und auch weithin begrüßte mehrmonatige Protestwelle mit dem Grundprofil eines schnellen Anstiegs, einer zweiwöchigen Hochphase und einer langsamen und noch immer nicht abgeschlossenen Phase des Abklingens⁵⁶.

In dieser Zeit des Abschwungs verlagerte sich das Protestgeschehen auf Mittel- und Kleinstädte sowie den ländlichen Raum. Großdemonstrationen mit mehr als 5.000 Teilnehmer:innen kamen in der zehnten Kalenderwoche wie auch bei den zusätzlich gesichteten Protesten bis zum 7. April nicht mehr vor⁵⁷. In der Phase abklingender Proteste scheint allerdings die Breite der organisierenden Bündnisse zu wachsen.

Nach quantitativen Maßstäben handelt es sich um größte auf einen engen Zeitraum konzentrierte Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik. Bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl wiesen die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin die höchste Zahl von Protestierenden auf, während in den ostdeutschen Bundesländern, mit Ausnahme von Sachsen, die niedrigsten Werte zu verzeichnen waren. Eine Besonderheit, mit der sich teilweise auch das Ausmaß der Proteste erklären lässt, ist die breite Zustimmung aus den Reihen der etablierten Politik, einem Großteil der Medien und – hier fehlen aussagekräftige repräsentative Umfragen – der Bevölkerung.

An den Protesten waren alle Kohorten ab dem Jugendalter relativ gleichmäßig vertreten. Auch war die Verteilung beider Geschlechtergruppen in etwa ausgewogen. Ob es sich tatsächlich um eine Protestwelle handelt, die eindeutig von der „bürgerlichen Mitte“ getragen ist, kann mit Blick auf die Ergebnisse einer Befragung von Protestierenden im Südwesten der Republik bezweifelt werden. Zwar rechneten sich die Teilnehmer:innen mehrheitlich der mittleren Mittelschicht zu, doch waren die Protestierenden überdurchschnittlich hoch gebildet und verorteten sich überwiegend im linken politischen Spektrum.

Eindeutig und eindrucksvoll war allemal die absolute Friedfertigkeit der Proteste in ihrem gesamten Zyklus. In den weitaus meisten Fällen handelte sich um Kundgebungen, in wenigen Fällen auch um Protestmärsche und Menschenketten. Nach meiner Kenntnis kam es in keinem einzigen Fall zu Rechtsverletzungen oder gar Gewaltakten auf Seiten der Demonstrierenden. Allerdings sind auch keine innovativen Protestformen erkennbar.

⁵⁶ Die am 18. März angebotene Auflistung von DemokraTEAM verzeichnet für die elfte Kalenderwoche 94 lokale Proteste. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um kleinere Orte mit einer entsprechend überschaubaren Zahl von Protestierenden. Eine Ausnahme bildet eine Demonstration in Essen mit 3.000 Protestierenden. Sofern Proteste in wenigen Großstädten wie Berlin und Dortmund vermerkt wurden, fehlen Angaben zur Zahl der Teilnehmer:innen, was darauf hindeutet, dass es sich um Proteste auf der Ebene einzelner Stadtteile handelte.

⁵⁷ Die größten Proteste nach Ende der 10. Kalenderwoche bis zum aktuell abrufbaren Berichtsstand (19. April) fanden am 17. März in Bremen (5.000 Teilnehmer:innen), am 21. März in Ravensburg (4.000), am 16. März in Essen (3.000) und am 17. März in Coburg (3.000) statt. Die meisten Proteste in dieser Phase waren jedoch deutlich kleiner. Auch wurden nun vermehrt Proteste ohne Angabe der Teilnehmerzahlen aufgelistet.

Bemerkenswert ist zudem die schnelle räumliche Verbreitung des Protests, der sich binnen kurzer Zeit auf die gesamte Bundesrepublik erstreckte. Er fand in den Großstädten, aber auch in ländlichen Regionen gelegenen Kleinstädten statt. Dabei wurden, gemessen an der Einwohnerzahl, teilweise beachtliche Größenordnungen erreicht. In einigen ostdeutschen Regionen, in denen rechte Gruppierungen bereits eine kulturelle Hegemonie erlangt hatten, kam es nach Jahren des Stillhaltens oder Wegschauens zu prodemokratischen Protesten.

Hier ist, anders als in den Großstädten, eine erhebliche Portion Mut erforderlich, besteht doch die Wahrscheinlichkeit, dass es in Folge der öffentlich sichtbaren Positionierung auch zu verbalen und tätlichen Attacken auf die Protestierenden kommen kann – und bereits gekommen ist. Diesen Mutigen kann der Umfang, die Breite und die Geschlossenheit der sich auf die gesamte Republik erstreckenden Protestwelle einen moralischen Rückhalt verleihen. Darüber hinaus verdeutlicht diese Protestwelle, dass rechtsradikale Kreise sich zu Unrecht darauf berufen, „das Volk“ und dessen Interessen zu vertreten.

Der Protest hat gezeigt, dass in der Bundesrepublik Millionen von Menschen, darunter viele Protestnovizen, nicht gewillt sind, dem Vormarsch von Rechtsradikalen tatenlos zuzusehen. Ihr öffentliches Bekenntnis ist zunächst vor allem eine symbolische Geste der Selbstvergewisserung und Selbstbestätigung. Dies zeigen die zahlreichen handgefertigten Pappschilder wie auch die Aufrufe und Slogans der Organisatoren des Protests. Ob aus der fast abgeklungenen Welle ein anhaltendes und weiterreichendes politisches Engagement erwächst, das auch einen Teil der Protestneulinge einschließt, ist noch nicht abzusehen. Derzeit wird an vielen Orten darüber nachgedacht, wie die volatile Protestenergie in ein anhaltendes Engagement prodemokratisches Engagement umgesetzt werden kann⁵⁸.

Die hier beschriebene prodemokratische Protestwelle gibt Anlass zu Hoffnung, aber sollte nicht als folgenreicher politischer Durchbruch gefeiert und überhöht werden⁵⁹.

Es ist wahrscheinlich, dass es im Herbst 2024, im Vorfeld von drei Landtagswahlen in Ostdeutschland mit glänzenden Aussichten der AfD, zu weiteren Protesten für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus kommen wird. Entscheidender als das Volumen des manifesten Straßenprotests ist jedoch, wie viele der Demonstrierenden sich mit welcher Beharrlichkeit in die politischen Debatten in ihrer alltäglichen Lebenswelt einmischen und gegen rechtsradikale Äußerungen und Handlungen einschreiten, sei es am Arbeitsplatz, im Sportverein, in der Freiwilligen Feuerwehr oder wo auch immer.

Dieter Rucht, Prof. emer., 2005–2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe [Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa](#) am WZB; E-Mail: dieter.rucht@wzb.eu

⁵⁸ Bereits in einer frühen Phase der Protestwelle (am 29. Januar) wurde vom SWR ein Podcast mit dem Titel „Wie macht man Antifaschismus nachhaltig?“ publiziert. <https://www.swr.de/swrkultur/leben-und-gesellschaft/demos-gegen-rechtsextremismus-kann-der-protest-auf-lange-sicht-etwas-veraendern-100.html>. Siehe auch den Beitrag im Tagesspiegel vom 1. Februar, überschrieben mit „Proteste gegen Rechtsextreme. Wird daraus eine nachhaltige Bewegung entstehen?“ <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/proteste-gegen-rechtsextreme-wird-daraus-eine-nachhaltige-bewegung-entstehen-11134288.html>.

Zu den generellen Möglichkeiten einer bürgerschaftlichen Stärkung von Demokratie siehe Roland Roth (2024) Demokratiestärkung durch bürgerschaftliches Engagement. Demokratie „unter Druck“ und eine mobilisierte Zivilgesellschaft, in Heimat Westfalen, Ausgabe 1/2024, S. 4-14.

⁵⁹ Georg Dietz spricht nicht nur von einer „Sternstunde der Zivilgesellschaft“, sondern sogar von einer „neuen Revolution“. Siehe DIE ZEIT vom 14. Februar 2004. Etwas zurückhaltender ist die Einschätzung der Journalistin und Autorin Jana Hensel, die die Protestwelle in einem Artikel für ZEIT Online am 21. Januar als ein „kleines demokratisches Wunder“ bezeichnete. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/proteste-afd-demokratische-mitte>.